

Anlage Nr. Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen	
Bewerber:	
Name des zu verpflichtenden Unternehmens:	
Beschreibung der Teilleistung	
(Vertretungsberechtigter des zu verpflichtenden Unternehmens)	

Nur bei Eignungsleihe: Der Bewerber/Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung gem. § 6d EU VOB/A die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/ unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/ Wir verpflichten mich/uns gegenüber dem Auftraggeber im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	--

Ausschlussgründe (gemäß Absatz III des Bewerbungsbogens)

A: Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilungen gemäß § 123 GWB
--

In § 123 (1) GWB werden folgende Ausschlussgründe genannt:	
1. Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen 2. Terrorismusfinanzierung 3. Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte 4. Betrug 5. Subventionsbetrug 6. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr 7. Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern 8. Vorteilsgewährung und Bestechung 9. Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr 10. Menschenhandel und Förderung des Menschenhandels	

Ist der Wirtschaftsteilnehmer selbst oder eine Person, die seinem Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremium angehört oder darin Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse hat, aus einem der oben genannten Gründe rechtskräftig verurteilt worden, wobei die Verurteilung höchstens fünf Jahren zurückliegt oder ist gegen ihn eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
--	---

<p>Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben:</p> <p>a) Datum der Verurteilung Art der Straftat gemäß den Punkten 1 bis 10 Grund (Gründe) für die Verurteilung</p> <p>b) Verurteilte Personen</p> <p>c) soweit unmittelbar im Urteil festgelegt Dauer des Ausschlusszeitraums und Tatbestand (Tatbestände)</p>	
<p>Im Falle einer Verurteilung: Hat der Wirtschaftsteilnehmer Maßnahmen getroffen, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen (Selbstreinigung)?</p> <p>Falls ja, beschreiben Sie bitte die Maßnahmen:</p>	<p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>

B: Gründe im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen gemäß § 123 (4) GWB	
<p>Ist der Wirtschaftsteilnehmer allen seinen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen sowohl in seinem Niederlassungsstaat als auch in dem Mitgliedstaat des öffentlichen Auftraggebers - sofern es sich um einen anderen Staat als den Niederlassungsstaat handelt - nachgekommen?</p>	<p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>

C: Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichen Fehlverhalten
<p>In § 124 (1) GWB werden folgende fakultative Ausschlussgründe genannt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verstoß gegen umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen 2. Zahlungsunfähig, Insolvenzverfahren/vergleichbares Verfahren oder gewerbliche Tätigkeit wurde eingestellt 3. Schwere Verfehlung im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit 4. Verfälschung des Wettbewerbs 5. Interessenskonflikt 6. Verzerrung des Wettbewerbs durch anderweitige Beteiligung und Vorbereitung im Vergabeverfahren 7. Vorzeitige Beendigung eines geschlossenen Vertrags bzw. Schadensersatz bei früherem Auftrag 8. Schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien 9. Beeinflussung der Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers, Erhalt vertraulicher Informationen und fahrlässige oder vorsätzliche Übermittlung irreführender Informationen <p>zudem</p> <ol style="list-style-type: none"> 10. eine Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) und § 21 Abs. 3 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG)

11. derzeitige sowie künftige Missachtung der geltenden gesetzlichen Anforderungen an den Mindestlohn
 12. eine Geldbuße von mind. 175.000 € nach § 22 LkSG

Verpflichtungserklärung zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns gem. § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Ich erkläre / wir erklären, dass ich / mein Unternehmen uns gegenüber dem AG verpflichten, die jeweils geltenden Bestimmungen des Mindestlohngesetzes einzuhalten.

1. Diese Pflichten umfassen im Einzelnen:
 - a) die Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu beachten
 - b) den nach dem MiLoG zu zahlenden Mindestlohn zu zahlen
 - c) bei der Beauftragung von Subunternehmern diese Verpflichtung ebenfalls weiterzugeben und soweit möglich zu kontrollieren
 - d) dem AG entsprechende Nachweis zu den Ziffern a) — c) auf Verlangen vorzulegen
2. Verstößt der AN vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen die Pflichten aus dieser Erklärung, so kann der AG den mit ihm geschlossenen Vertrag fristlos kündigen. Ein sich hieraus für den AG ergebender Schaden ist vom AN zu erstatten.
3. Kommen wegen der Verletzung obiger Verpflichtungen des AN auf den AG weitere Ansprüche Dritter — gleich aus welchem Rechtsgrund — zu, so verpflichtet sich der AN schon jetzt, den AG den sich hieraus ergebenden Schaden zu ersetzen.
4. Der AN versichert, dass er nicht wegen eines Verstoßes gem. §§ 19 und 21 MiLoG mit einer Geldbuße von mindestens 2.500 € belegt worden ist.

Angaben zu Gründen in Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichen Fehlverhalten gemäß § 124 (1) GWB, § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) und § 21 Abs. 3 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) und § 22 LkSG

Liegen für den Wirtschaftsteilnehmer die oben genannten Ausschlussgründe vor?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja , bitte näher ausführen welche Gründe vorliegen:		
Falls ja , hat der Wirtschaftsteilnehmer selbstreinigende Maßnahmen getroffen? Bitte beschreiben Sie die Maßnahme(n):	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

D: Gründe im Zusammenhang mit Sanktionen gegen Russland im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen

Mit der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten **Verordnung (EU) 2022/576** des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, wurden seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erstmals auch Sanktionen erlassen, die die Vergabe und die Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der EU-Schwellenwerte nach § 106 GWB betreffen.

Eigenerklärung zur Verordnung (EU) Nr. 2022/576

Ich erkläre / wir erklären, dass ich / mein Unternehmen nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der aktuellen Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 genannten Personen und Unternehmen gehören, die einen **Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen**, insbesondere

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** oder die **Niederlassung in Russland**,
- b) dessen **Anteile zu über 50%** unmittelbar oder mittelbar von einem unter Buchstabe a) genannten Personen/Unternehmen etc. gehalten werden,
- c) die im **Namen oder auf Anweisung** einer **der** unter Buchstabe a) oder b) **genannten Organisationen etc. handeln**.

Ich / Wir erkläre/n weiterhin, dass auch **keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beauftragt werden oder in Anspruch genommen werden, die zu den in Buchstabe a) bis c) genannten Unternehmen gehören bzw. dass diese beauftragten Leistungen weniger als 10 % des Auftragswertes betragen**. Dies wird bestätigt und sichergestellt, auch während der gesamten Vertragslaufzeit.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber, diesem mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

Die Bewerber erklären förmlich, dass die von ihnen angegebenen Informationen genau und korrekt sind und sie sich der Konsequenzen einer schwerwiegenden Täuschung bewusst sind und dass eine falsche Angabe in der Regel den Ausschluss aus dem Bewerberkreis zur Folge hat.

Ort, Datum

Name des Unternehmens in Textform (Blockschrift)

Name des Unterzeichnenden in Textform (Blockschrift)